IDZ – INSIGHTS

NEWSLETTER DES INSTITUTS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

twitter.com/idz_jena

facebook.com/idzjena

www.idz-jena.de

2022 | 02

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG

TEILINSTITUT Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Vorwort

Liebe Leser*innen,

allerorts wird auf die Gefahren für unsere Demokratie hingewiesen und ich frage mich: Wie viel Schmerzen kann die alte Dame aushalten? Oder ermüden wir alle langsam angesichts der bedrohlichen Nachrichten im Dauertakt?

Auch ich bin beunruhigt, denn die weltumspannenden Krisen – der Angriffskrieg auf die Ukraine, die anhaltende Coronapandemie, der epochale Klimawandel, die Höchststände der Inflation – fordern all unsere Aufmerksamkeit. Sie fordern auch die liberale Demokratie und haben das Potenzial, sie zu beschädigen. Zugleich wählen in Frankreich Millionen Französ*innen eine rechtsextreme Politikerin, in Ungarn gewinnt ein Rechtspopulist die Wahlen und auch im kleinen Bundesland Thüringen lag die AfD bei der Sonntagsfrage im Februar 2022 erstmalig vorn. Dafür leistet Thüringen sich einen Untersuchungsausschuss zu politisch motivierter Gewalt, der auch zivilgesellschaftliche Strukturen untersuchen wird, die aktiv für Demokratie und Weltoffenheit eintreten. Wohlgemerkt in dem Bundesland, in dem der Nationalsozialistische Untergrund sich radikalisierte.

Die Kriege, Krisen und Konflikte wirken in die (Zivil-)Gesellschaft in ihrer Breite hinein. Trägt dies nun zur Gewöhnung an das eigentlich nicht Akzeptierbare bei?

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der Anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“, bemerkte Theodor W. Adorno in seinen *Minima Moralia*. Sein kluger Gedanke kann uns einen Weg weisen: Vielleicht liegt ein wesentlicher Teil der Zukunft der Demokratie vor unserer Haustür – im Lokalen. Damit gemeint ist nicht Solidarität nach innen und Aggression nach außen, sondern der konstruktive Streit zur Verbesserung der lokalen Kultur. Widersprechen Sie also beispielsweise vor Ihrer Haustür Anfeindungen und Hass. So stärken Sie im Kleinen die demokratische Kultur. Demokratie ist nicht nur eine Regierungs-, sondern auch eine Lebensform, die aktiv für die Verteidigung der Menschenrechte eintritt. Dafür steht auch das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Dipl. Pol. Anne Tahirovic, Geschäftsführerin

INHALT

4 **Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende in den sozialen Netzwerken**

6 **Aktuelles aus den Forschungsprojekten am IDZ**

12 **Deine Erfahrung zählt! – Aufruf zur Teilnahme an der Onlinebefragung zu Erfahrungen mit Polizei und Justiz**

14 **Aus der Arbeit des IDZ: Veranstaltungen & Veröffentlichungen**

21 **(Veranstaltungs-)Ankündigungen**

22 **Ankündigung – Fachtagung „Antifeminismus und Hasskriminalität“ am 10. & 11.11.2022 in Jena**

23 **Materialien, Texte & Videos**

Impressum

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Talstraße 84, 07743 Jena

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor*innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor*innen.

Redaktionsschluss: 29. Juni 2022

In Trägerschaft der: Amadeu Antonio Stiftung

Gefördert von: Freistaat Thüringen, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

denk bunt – Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende in den sozialen Netzwerken

von Dr. Axel Salheiser

Die vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine markierte politische Zeitenwende zeichnet sich auch in den sozialen Medien ab. Allein in den beiden ersten Kriegswochen hat das Projekt Digital Awareness am IDZ über das Social Listening Tool Linkfluence ca. 3,25 Millionen auf die Ukraine bezogene (Re-)Posts mit insgesamt ca. 93 Millionen Social Interactions auf diversen Social-Media-Plattformen und Online-Medien registriert (Klinker 2022).

Eine aktuelle Kurzanalyse am IDZ untersucht die Verknüpfung der Themen Ukraine-Krieg und Klimapolitik in den sozialen Medien. Neben einer starken Polarisierung des Diskurses stellen wir fest, dass im zeitlichen Verlauf rechtspopulistische Akteur*innen die Debatte um diese Themenverknüpfung immer stärker dominieren.

Mit Kriegsbeginn zahlreiche Beiträge antidemokratischer Akteur*innen

Sofort nach Kriegsbeginn gab es in den deutschsprachigen sozialen Medien bereits zahlreiche Beiträge von antidemokratischen Akteur*innen zum Thema. Seit jeher instrumentalisieren Antidemokrat*innen gesellschaftliche Konflikte und Krisen, um ihre eigenen Positionen zu propagieren. Gleichzeitig diskreditieren und schwächen sie das unliebsame „System“ und die von ihnen abgelehnten politischen Prozesse.

Die seit 2015 bei den rechten Anti-Asyl-Agitationen und den (PE)GIDA-Protesten beteiligten Akteur*innen, Netzwerke, Strategien und Narrative tauchten ab 2020 auch im Kontext der Proteste in der Corona-Pandemie auf. Die Argumentationen gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen wiesen erstaunliche Parallelen und Überschneidungen mit der Agitation gegen eine vermeintliche „Klimadiktatur“ auf. Ob Migrations-, Corona- oder Klimapolitik: In der rechten Krisenmobilisierung ähneln sich nicht nur Strategien und Mechanismen, rechte Akteur*innen verknüpfen die Themen ideologisch auch bewusst miteinander.

Aktuell werden auch der russische Angriffskrieg in der Ukraine und dessen Folgen häufig mit Fragen der Klimapolitik und der Energiewende verknüpft. So postete der AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke am 25.04.2022 bei Facebook ein Hintergrundbild mit dem Slogan „Frieden statt ‚Grün‘!“, welches tausendfach gelikt und geteilt wurde (Björn Höcke 25.04.2022). Dass ausgerechnet die beiden Krisen Krieg und Klima ideologisch verbunden werden, ist nicht überraschend.

Polarisierung der Debatte

Einerseits formierte sich bereits 2014 im Zuge der russischen Besetzung der Krim eine rechtsoffene, verschwörungsaffine Akteur*innenszene. Die Teilnehmenden der sogenannten „Friedensmahnwachen” positionierten sich mehrheitlich pro-russisch, zahlreiche unter ihnen teilten autoritäre, antiamerikanische und auch antisemitische Einstellungen.

Anderseits stehen emanzipatorische, ökologische Positionen, Klimapolitik und die Maßnahmen für die Energiewende in einem besonders starken Gegensatz zu rechter Ideologie. Zwar besetzt die radikale Rechte immer wieder Umwelt- und Naturschutzthemen, strebt dabei aber weder nach mehr Klimagerechtigkeit noch nach verantwortungsbewussten globalen Lösungen. Im Gegenteil: Ihrem Umweltschutz liegt ein völkisches Naturverständnis zu Grunde. Dabei geht es nicht nur um den Erhalt der Landschaft und regionaler Traditionen, sondern vor allem um eine vermeintlich „natürliche“ gesellschaftliche Ordnung inklusive biologisch begründeter Rollenverständnisse. Kontinuität hat zudem die Verknüpfung von Mensch und Natur im Sinne von „Volk und Raum“ oder „Blut und Boden“. Umweltschutz

wird also nicht als Teil des Klimaschutzes, sondern als „Heimatschutz" verstanden. Die Notwendigkeit konsequenter Klimaschutzmaßnahmen wird hingegen häufig abgestritten und nicht selten der menschengemachte Klimawandel geleugnet. Das rechte Spektrum eint die Strategie der politischen Ausgrenzung und nationalen Abschottung zur Verteidigung von Privilegien sowie die Erhaltung des Status Quo westlicher Wohlstandsproduktion auf Kosten des globalen Südens und des Klimas.

Rechte Instrumentalisierungen

Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass antidemokratische, rechte Akteur*innen den Ukrainekrieg sowie die daraus entstehenden wirtschaftlichen, sicherheits- wie auch energiepolitischen Herausforderungen gegen eine gerechte Klimapolitik und Maßnahmen zur Energiewende instrumentalisieren.

Eine aktuelle Kurzanalyse des IDZ geht dem nach und liefert einen Überblick aktueller Akteurs- und Diskurskonstellationen im digitalen Raum am Beispiel der Plattform Twitter. Dabei wird die Dynamik des Diskurses über die Ukraine und die Klimathematik auf Twitter nachgezeichnet und die dabei relevanten Narrative eingeordnet. Darauf aufbauend werden mögliche Gefährdungspotenziale für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt herausgearbeitet.

Ein Hauptbefund unserer Analyse ist die Polarisierung der Debatte: Auf Twitter stehen ukrainisch-solidarische und klimaschutz- bzw. energiewendebefürwortende Akteur*innen zumeist rechten, oftmals verschwörungsideologischen und demokratiefeindlichen Akteur*innen gegenüber. Während erstere auf die fatalen Folgen der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten aus Russland aufmerksam machen, kritisieren letztere die Energie- und Sanktionspolitik der Regierung. Das rechte Twitter-Netzwerk zeichnet sich dabei durch pro-russische und klimaregressive Inhalte aus. Im Zeitverlauf gibt es zudem Hinweise auf eine Bedeutungszunahme rechtspopulistischer, verschwörungsideologischer Argumentationen.

Hatten noch zu Beginn des Krieges unterschiedlich positionierte Akteursnetzwerke die beide Themen Ukrainekrieg und Klima/Energiethematik in Verbindung diskutiert, so wird die inhaltliche Verknüpfung nur vier Wochen später erkennbar von rechtspopulistischen und diskreditierenden Positionen gegen das regierungspolitische Handeln dominiert. Vorn dabei: Die AfD und ihr ideologisches Umfeld.

Nicht nur mit Blick auf den notwendigen Transformationsprozess im Kontext des Klimawandels und für die Umsetzung der Energiewende gilt es, den Einfluss rechter Agitation innerhalb wie auch außerhalb der sozialen Medien auf die Akzeptanz von klima- und energiepolitischen Maßnahmen weiter zu untersuchen.

Die vollständige Kurzanalyse unter dem Titel **„‚Frieden statt GRÜN!' – Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende bei Twitter"** von Fabian Klinker, Noah Marschner, Janine Patz und Christoph Richter erscheint in Kürze auf der IDZ-Website www.idz-jena.de.

Zudem folgen zwei weitere Analysen: Maik Fielitz und Marcel Jaspert beschäftigen sich mit **„Krieg und Tech. Wie sich digitale Plattformen zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine verhalten",** Dr. Janine Dieckmann und Anja Koemets widmen sich **„Antislawismus – Zwischen Popkultur und Diskriminierungsrealitäten"**.

Aktuelles aus den Forschungsprojekten am IDZ

„Demokratie unter Druck“: IDZ untersucht Anfeindungen und Angriffe auf Amtsträger*innen in der Kommunalpolitik Thüringens

Im Rahmen von DenkBunt, dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, untersucht das IDZ dieses Jahr Anfeindungen und Angriffe auf haupt- und ehrenamtliche Amtsträger*innen in der Kommunalpolitik Thüringens. Das Projekt wird von Dr. Axel Salheiser und Dr. Janine Dieckmann geleitet und gemeinsam mit Dr. Daniel Geschke und Viktoria Kamuf durchgeführt.

Deutschlandweite Umfragen unter Kommunalpolitiker*innen, wie eine im April 2021 veröffentliche FORSA-Befragung, haben bereits gezeigt, dass viele von ihnen von Beleidigungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit betroffen sind. Auch die eigene Familie und Mitarbeiter*innen der Verwaltung stehen immer wieder im Fokus von Anfeindungen. Vor allem jüngere Kommunalpolitiker*innen verändern durch solche Angriffe oftmals ihr politisches Verhalten, indem sie weniger über bestimmte Themen sprechen oder über einen politischen Rückzug nachdenken.

Für Thüringen fehlt bisher eine spezifische empirische Untersuchung zu diesem Thema. Daher ist im Juni 2022 eine Online-Befragung (mit ergänzenden qualitativen Interviews) gestartet, welche die Spezifika der Thüringer Kommunalpolitik in den Fokus stellt. Welche Erfahrungen machen kommunale Amtsträger*innen wie Bürgermeister*innen oder Dezernatsleiter*innen hier? Wie gehen sie mit diesen Erfahrungen um? Wo sehen sie Handlungsbedarfe? Welche Maßnahmen werden für notwendig erachtet – auch neben einer konsequenten Strafverfolgung? Wie kann die Bereitschaft für politisches Engagement und politischen Nachwuchs – vor allem auch im ländlichen Raum – gestärkt werden? Der Fragebogen wird an alle Gemeinden in Thüringen versendet. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist für Ende 2022 geplant.

Forschungsfelderkundung und Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses (MStDK)

Das Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird am IDZ in Kooperation mit Prof. Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Marion Reiser (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Oliver Decker, Prof. Dr. Gert Pickel und Prof. em. Dr. Elmar Brähler (alle Universität Leipzig) durchgeführt. Die Projektverantwortung hat Dr. Axel Salheiser. Johanna Lenthe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt. Das Projekt umfasst in einem ersten Teil die systematische Forschungsfelderkundung zur nationalen und internationalen empirischen Forschung zur demokratischen Kultur bzw. politischen Einstellungen auf der Basis der Vielzahl von quantitativ und qualitativ methodischen Studien. Im zweiten Teil wird die konzeptionelle Vorarbeit für einen deutschlandweiten, repräsentativen „Demokratie-Kompass“ geleistet, der den Anspruch hat, Forschungslücken und Wissenstransferdefizite vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen der demokratischen Kultur in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu schließen. Die Forschungsfelderkundung wurde Ende Mai abgeschlossen, die Machbarkeitsstudie begann im Anschluss und läuft bis Oktober 2022.

Am 17. Juni 2022 konnte ein digitaler Fachtag mit Praxis-Akteur*innen der Demokratieförderung (z. B. Landesdemokratiezentren, Stiftungen, Initiativen und

Verbänden) verwirklicht werden, um deren Bedarfe und Vorstellungen dazu zu erfassen, wozu und wie die Messung und Erforschung demokratierelevanter Einstellungen aus ihren Perspektiven ausgestaltet werden sollte und wie der Wissenschafts-Praxis-Transfer verbessert werden kann.

Beginn des Wissensnetzwerks Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) verschoben

Der Forschungslandschaft zu Rechtsextremismus in Deutschland fehlt es an Eigenständigkeit, Vernetzung und Kohärenz. Hier setzt das Wissensnetzwerk Rechtsextremismus (Wi-REX) an: Es systematisiert das Wissen über das Phänomen Rechtsextremismus, bringt Akteur*innen in Austausch, organisiert den Wissenschafts-Praxis-Transfer und die Förderung von Nachwuchswissenschaftler*innen. Somit wird die Rechtsextremismusforschung insgesamt gestärkt.

Das Wi-REX wird organisiert von vier in der Rechtsextremismusforschung etablierten wissenschaftlichen Einrichtungen: Dem IKG der Universität Bielefeld, dem KReDo der Universität Leipzig, dem IDZ Jena und dem SO.CON der Hochschule Niederrhein. Gemeinsam etablieren sie die drei Plattformen Wissenschaft, Junge Forschung und Transfer, aus denen sich das Wissensnetzwerk zusammensetzt.

Im Netzwerk ist das IDZ, zusammen mit dem SO.CON, für die Entwicklung und Gestaltung der Plattform Transfer verantwortlich. Zentrales Anliegen der Plattform ist es, das vielfältige Wissen und die Bedarfe von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Rechtsextremismusprävention/-intervention, der politischen Bildung und der Demokratieförderung zu erfassen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu stärken. Zudem soll das Wi-REX mit der am IDZ angesiedelten Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex) vernetzt werden.

Das Wi-REX hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Aufgrund der späten Verabschiedung des Haushalts 2022 und den Maßgaben der vorläufigen Haushaltsführung verschiebt sich der Beginn des Projektes leider.

Weitere Social-Media-Analysen aus dem Projekt Digital Awareness

In regelmäßigen Abständen werden datenbasierte Forschungsergebnisse in Form von Kurzberichten und Hintergrundanalysen auf dem Analyse-Feed veröffentlichen. Dabei stehen aktuelle Ereignisse und politische Treiberthemen im Fokus; zum Analyse-Feed geht es hier: https://www.idz-jena.de/forschung/digital-awareness/analyse-feed. Bisher erschienen sind:

- #1: Wahlbetrugsnarrative in sozialen Medien im Vorfeld der Bundestagswahl 2021
- #2: Toolkits und Methoden
- #3: TheRepublic
- #4: Digitale Kommunikation parteilicher Jugendorganisationen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021
- #5 Der Energie- und Klimadiskurs im Kontext des Ukraine-Kriegs

In der Datenanalyse #4 wurde im Zuge der Bundestagswahl 2021 die digitale Kommunikation parteilicher

Jugendorganisationen untersucht. Thematisch wiesen Grüne Jugend, Jusos und Linksjugend untereinander viele Überschneidungen auf. Deren Schwerpunkte waren Umwelt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Jungen Liberalen (Julis) nahmen viele dieser Themen ebenfalls auf, knüpften diese allerdings an wirtschaftspolitische Inhalte und boten damit beinahe die einzige demokratische Alternative zum eher linken Politikspektrum an, da die Junge Union kaum Akzente setzen konnte. Grüne Jugend und Julis bedienten einen expressiven und direktiven kommunikativen Stil und waren in Anbetracht des Wahlausgangs gegenüber Junger Union und Jusos sehr erfolgreich. Die Art und Weise der Ansprache ist für eine gelungene Online-Kommunikation essenziell. Derartige datenbasierte Ergebnisse geben digitaler Demokratiearbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement wichtigen Input.

Datenanalyse #5 beschäftigt sich mit dem Energie- und Klimadiskurs auf Twitter im Kontext des Kriegs in der Ukraine. Zum einen vertreten eher pro-russische, (rechts) populistische und NATO-kritische Akteur*innen ablehnende, teilweise hetzerische Positionen gegenüber der Regierung bzw. dem politischen System und den Medien und lehnen die aktuelle Sicherheits- und Sanktionspolitik ab. Damit entfalten sie demokratiegefährdendes Potenzial, das auch für eine breitere Öffentlichkeit außerhalb der eigenen Community anschlussfähig ist. Dem gegenüber steht ein Spektrum Ukraine-solidarischer Diskursteilnehmender. Insbesondere (klima-)progressive Akteur*innen fordern einen sofortigen Importstopp und einen radikalen Ausbau erneuerbarer Energien. So verbinden sie klimapolitische mit geo- und sicherheitspolitischen Argumentationen und erreichen so viele Akteur*innen jenseits des klimaaktivistischen Milieus. Diese Analyse wurde kontinuierlich weitergeführt und erscheint in Kürze in Kooperation mit dem IRÖK-Projekt am IDZ als Positionspapier zum Ukraine-Krieg.

Kooperationsprojekt JUROP verwirklicht erste Transferformate

Podiumsdiskussion „Europa macht Schule“ am 9. Mai 2022

„Europa macht Schule“ war der Titel einer Podiumsdiskussion anlässlich des Internationalen Europatages am 9. Mai 2022, die gemeinsam vom IDZ und der Universität Jena im Rahmen des Kooperationsprojekts „Jugendliche und Europa“ (JUROP) veranstaltet wurde. Zu Beginn der Veranstaltung im Auditorium „Zur Rosen“ in Jena gab Dr. Astrid Körner (Universität Jena) erste Einblicke in die Ergebnisse der Schulbefragung des Projektes. Darauf aufbauend konnte in der Diskussion, die von Dr. Janine Dieckmann (IDZ) moderiert wurde, der Umgang mit der konkreten Thematisierung von Europa und EU in der Schule besprochen werden. Dazu trug Toralf Schenk, Lehrer für Geschichte und Sozialkunde (IGS Grete Unrein Jena) und Fachleiter für politische Bildung (Staatl. Studienseminar Gera), Einblicke aus der Praxis an Schulen bei.

Aus Sicht der Diskutant*innen werden die Potenziale für die Thematisierung EU- und europabezogener Inhalte derzeit häufig noch nicht genutzt. Oftmals findet diese ausschließlich im Sozialkundeunterricht statt und Möglichkeiten zur Einbindung in anderen Fächern werden nur vereinzelt wahrgenommen. Dies ist insbesondere bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass gerade in Thüringen der Sozialkundeunterricht nur wenig Raum im Curriculum hat. Auch wurde deutlich, dass die Vermittlung EU- und europabezogener Inhalte stark von der individuellen Motivation von Lehrer*innen für das Thema geprägt ist. Oftmals beschränkt sich das Sprechen über Europa auf Institutionen- und Prozesskunde; das geht an den Interessen der Schüler*innen vorbei, wie die ersten Ergebnisse der Teilstudie aus dem JUROP-Projekt zeigen. Einig waren sich alle Diskutant*innen, dass die politische Bildung in der Schule, insbesondere zu den Themen EU und Europa, stärker an der Lebenswelt, den Interessen und Fragen der Schüler*innen ausgerichtet sein und den Lehrenden eine gewisse Unsicherheit im Adressieren dieser (teilweise hochaktuellen) Themen genommen werden sollte.

Podiumsdiskussion „Europa macht Schule“ am 9. Mai 2022 im Auditorium „Zur Rosen“ in Jena; v. l. n. r.: Dr. Astrid Körner von der Universität Jena, Toralf Schenk, Lehrer für Geschichte und Sozialkunde und Fachleiter für politische Bildung, und Moderatorin Dr. Janine Dieckmann

Barcamp „Europa macht Schule“ am 27. Mai 2022

Am 27. Mai 2022 wurde mit dem gleichnamigen Barcamp „Europa macht Schule“ ein weiteres Transferformat im Kooperationsprojekt verwirklicht. 51 Teilnehmende (Studierende pädagogischer Fachrichtungen) fanden sich im Bildungshaus St. Ursula in Erfurt zusammen, um die Formen der Thematisierung und Vermittlung von EU- und europabezogenen Inhalten in Bildungskontexten, speziell am Lernort Schule, zu reflektieren. In 13 Sessions konnten unterschiedliche Fragen diskutiert und bearbeitet werden, die ein breites Spektrum abbildeten – etwa weshalb die Thematisierung von EU und Europa in der Schule häufig einer „Institutionenkunde“ gleicht. In dieser Session wurden gemeinsam Ideen entwickelt, wie Inhalte zielgruppengerechter aufbereitet werden können. Eine Möglichkeit dazu ist, an den Themen der Jugendlichen, z. B. der Klimakrise, anzusetzen und daran konkret die Kompetenzen der EU, Verfahren und Abläufe zu besprechen.

Auf dem Barcamp wurde angesprochen, dass eine Voraussetzung für diese Art der Wissensvermittlung sei, dass die Lehrpläne nicht zu voll sind und teilweise Wissen ohne praktischen Bezug für Jugendlichen, etwa die Inhalte vergangener EU-Vertragsverhandlungen, beinhalten. Es wäre zielführender, den Jugendlichen eher die Kompetenzen und Möglichkeiten der EU-Gesetzgebung sowie ihre Einflussmöglichkeiten darauf aufzuzeigen. Dieses Politikfeld hatte insbesondere im Rahmen der Urheberrechtsreform 2019 zu europaweiten Protesten Jugendlicher geführt. Es bietet daher ein gutes Beispiel der Wirksamkeit transnationaler sozialer Bewegungen.

Ein Anliegen, das viele Teilnehmende des Barcamps teilten, war der Austausch zu europakritischer Bildungsarbeit. Ausgangspunkt dieser Session war die Feststellung, dass Europa und die EU in der Schule häufig zu einseitig positiv dargestellt und kritische Punkte ausgespart blieben. Beispielhaft wurden die EU-Migrationspolitik oder die EU-Wirtschaftspolitik angeführt, die zum Teil zulasten außereuropäischer Länder ausgeprägt sind. Auch die Nichteinhaltung „Europäischer Werte“ durch Mitgliedsstaaten wurde beispielhaft angesprochen. In der Session wurden Möglichkeiten der Thematisierung dieser Ambivalenzen aufgezeigt. So könnten die Kritikpunkte genutzt werden, um die Funktionen von Migrationspolitik, Wirtschaftspolitik etc. aufzuzeigen und zu reflektieren. Wichtig dabei war den Teilnehmenden, Einflussmöglichkeiten auf die Politik der EU aufzuzeigen, damit Jugendliche erkennen, wie sie ihre jeweilige Kritik äußern können, ohne in einen pauschalen Euroskeptizismus zu verfallen.

Das Feedback zum Format und zu den Inhalten des Barcamps fiel positiv aus. Die Teilnehmenden empfanden insbesondere die große Flexibilität des Formates

und der Inhalte als spannenden Kontrast zu inhaltlich stark vorgeplanten Tagungen und Seminaren. Einige der entwickelten Ideen werden im Projektverlauf praktisch umgesetzt und in Workshops und einer Projektwoche mit Schüler*innen Ende 2022 getestet. Die konkrete Umsetzung der entwickelten Transferformate wird Teil eines Handbuches für pädagogische Fachkräfte, das zum Ende der Projektlaufzeit 2023 veröffentlicht wird und somit die Thematisierung von EU- und Europa im Schulalltag unterstützen soll.

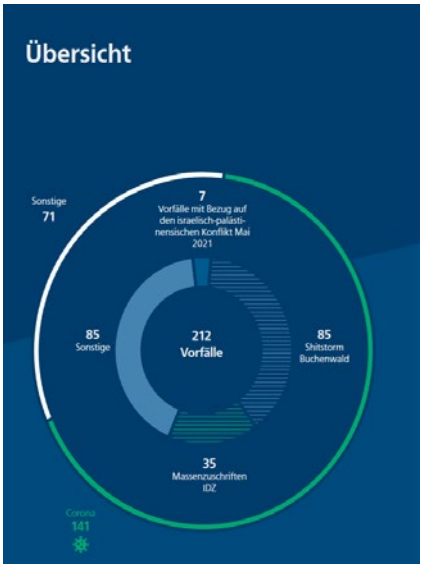
Mehr unter: https://jurop.uni-jena.de.

RIAS-Meldestelle zieht mit Jahresbericht 2021 erste Bilanz

212 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (RIAS Thüringen) im ersten Dokumentationsjahr 2021. Davon hatten 141 antisemitische Vorfälle einen Bezug zur Corona-Pandemie. Von den 212 Vorfällen gingen 120 antisemitische Vorfälle auf zwei organisierte Aktionen im Kontext der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zurück. Die Aktionen richteten sich größtenteils in Form von E-Mails mit Schoa-relativierenden und verschwörungsideologischen Inhalten gegen die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald-Mittelbau-Dora sowie das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Unter den 92 übrigen Vorfällen wurden 3 Angriffe, 13 gezielte Sachbeschädigungen gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten, 1 Bedrohung, 56 Fälle verletzenden Verhaltens und 19 Massenzuschriften erfasst.

Die Erkenntnisse gehen aus dem Jahresbericht 2021 hervor, der zum Download bereitsteht: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thüringen/Jahresbericht_2021_RIAS_Thüringen.pdf.

„Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen haben in Thüringen eine Gelegenheitsstruktur geschaffen, um Antisemitismus offen zu artikulieren – und zwar in allen politischen Spektren“, erklärt Dr. Anja Thiele, Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen. „Dieser Antisemitismus war jedoch schon vor der Pandemie in der Bevölkerung vorhanden und wird es auch noch nach der Pandemie sein. Darauf weisen die zahlreichen ‚alltäglichen‘ Vorfälle unserer Dokumentation hin.“



Auszug aus dem Jahresbericht 2021 (S. 6): Grafik mit der Übersicht der von RIAS Thüringen dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Thüringen

Die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform in Thüringen war der **Post-Schoa-Antisemitismus** (75 %). (Alle Prozentangaben beziehen sich auf die 92 dokumentierten Vorfälle. Die 120 Vorfälle, die im Rahmen der gezielten Aktionen dokumentiert wurden, wurden herausgerechnet, um statistische Verzerrungseffekte zu vermeiden.) Darunter fallen etwa die Relativierung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen sowie Formen der NS-Verherrlichung und Angriffe auf die Erinnerungskultur. Moderner Antisemitismus, der sich in **Verschwörungsideologien** äußert, wurde in 40 % und **israelbezogener Antisemitismus** in 27 % der Fälle registriert.

Auch aufgrund zahlreicher Demonstrationen im Kontext der Pandemie wurden die meisten antisemitischen Offline-Vorfälle auf oder an **Straßen** (35 %) sowie an anderen **öffentlichen Orten**, etwa Grünanlagen, dem ÖPNV oder in bzw. an öffentlichen Gebäuden (18 %) erfasst.

In drei Viertel der Fälle konnte eindeutig ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund der Täter:innen festgestellt werden. Am häufigsten wurde ein **rechtsextremer Hintergrund** dokumentiert (37 %), gefolgt von **antiisraelischem Aktivismus** (19 %) und **verschwörungsideologischen Milieus.**

Auszug aus dem Jahresbericht 2021 (S. 14): Grafik mit den von RIAS Thüringen dokumentierten Tatorten in Thüringen

NEOVEX-Kick-off in Hannover

Am 12. und 13. Mai 2022 fand der NEOVEX-Kick-off in Hamburg statt. Mit dem Projekt ist das IDZ Teil des Forschungsverbundes „Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“.

Der Kick-off war für die Beteiligten seit Projektstart im Januar 2022 die erste Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen. Umso fruchtbarer war die engagierte Teilnahme der vier Teilprojekte, die interdisziplinär zu den Mustern und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten forschen. Neben den Teilprojekten des IFSH Hamburg, der TU München, des Weizenbaum Instituts Berlin und unserem IDZ Jena, waren am ersten Tag die Praxispartner jugendschutz.net, das NETTZ, Twitter und der Koordinierungsstelle OHNe Hass (Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg) vor Ort. Am ersten Tag stand vor allem das Kennenlernen und Vernetzen im Vordergrund. Dementsprechend wurden zunächst das Verbundprojekt und die untergliederten Teilprojekte mit ihren spezifischen Forschungsinteressen und Methoden vorgestellt, sodass daraufhin die Praxispartner ihre Expertise und Erwartungen zum Forschungsgegenstand skizzieren konnten. bereits hier ergaben sich rege Diskussionen und Ideen für künftige Ansätze der Zusammenarbeit, die alle Beteiligten optimistisch für die kommenden drei Jahre stimmten.

Der zweite Tag fand im kleinen Kreis des Verbundprojekts statt. Es gab Impulsreferate und Austausch zu den Themen „Sicherheit im Netz“ und „Mental Wellbeing“, um gleich zu Beginn einen achtsamen Umgang mit belastenden Inhalten des Forschungsgegenstandes zu ebnen. Im Kreise des Verbundprojekts wurden solidarische Strategien und Hilfestellungen besprochen, die ein gutes Gemeinschaftsgefühl vermittelten. Mit einem Ausblick auf künftige Kooperationen, gemeinsamen inhaltlichen Austausch und vielzählige Forschungserkenntnisse wurde der Kick-off beendet.

Debattenbeiträge, Publikationen und Veranstaltungen können künftig der Projekthomepage www.neovex-projekt.de entnommen werden. Diese ist seit dem Kick-off online und wird von unserem Teilprojekt in Jena verantwortet. Kernstück der Seite ist ein Blog. Dort werden vor allem Texte und Forschungsergebnisse aus dem Forschungsverbund vorgestellt. Den Anfang macht das Teilprojekt *Diffusionsdynamiken von Verschwörungstheorien* mit einem Artikel zur Frage, wie die Verbreitung von Verschwörungstheorien messbar gemacht werden kann.

Deine Erfahrung zählt! – Aufruf zur Teilnahme an der Onlinebefragung zu Erfahrungen mit Polizei und Justiz

Du hast nach einem rassistischen, antisemitischen oder sexistischen Angriff Kontakt mit Polizei oder Justiz gehabt? Dann nimm an unserer Online-Befragung teil! In einer wissenschaftlichen Studie untersuchen wir, wie Betroffene den Kontakt mit Polizei und Justiz nach vorurteilsmotivierter Gewalt erleben. Aus diesen Erfahrungen wollen wir lernen. Durch deine Teilnahme hilfst du, die Situation für Betroffene im Kontakt mit Polizei und Justiz nach Vorfällen vorurteilsmotivierter Gewalt zu verbessern; zur Online-Befragung geht es hier entlang: www.idz-jena.de/umfrage

Den Online-Fragebogen gibt es in 10 Sprachen: Deutsch, Französisch, Englisch, Kurdisch, Vietnamesisch, Serbisch, Arabisch, Persisch, Tigrinya und Türkisch.

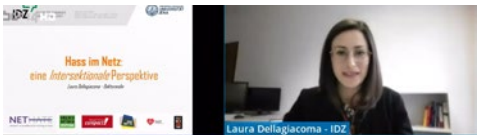
Teilnehmen können Personen ab 18 Jahren, die seit 2016 vorurteilsmotivierte Gewalt erlebt haben und danach mit Polizei und/oder Justiz in Kontakt waren. Unter vorurteilsmotivierter Gewalt verstehen wir sowohl körperliche als auch verbale Angriffe, die auf menschenverachtenden Ideologien wie z. B. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder auf Vorurteilen gegenüber Minderheiten beruhen.

Die Untersuchung wird mit dem *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (VBRG), der Thüringer Opferberatungsstelle *ezra* und dem Opferfonds *CURA* der Amadeu-Antonio-Stiftung verwirklicht.

Um auf die Umfrage per E-Mail, Social-Media-Kanäle usw. aufmerksam zu machen bzw. um diese an Betroffene weiterzuleiten, haben wir alles Wissenswerte rund um die Umfrage und Kampagnenmaterial zusammengestellt, abrufbar unter: https://bit.ly/3ymUyyJ.

Aus der Arbeit des IDZ: Veranstaltungen & Veröffentlichungen

Vortrag bei Veranstaltung „Hass im Netz – Ausmaß erkennen, Taten verfolgen, Prävention stärken“ des Landesfrauenrats Thüringen



Doktorandin Laura Dellagiacoma während ihres Online-Vortrags am 24. Februar 2022

Der Landesfrauenrat Thüringen lud am 24. Februar 2022 zur Veranstaltung „Hass im Netz – Ausmaß erkennen, Taten verfolgen, Prävention stärken“ ein. IDZ-Kollegin Laura Dellagiacoma, Mitarbeiterin im NETHATE-Projekt, steuerte unter dem Titel „Hass im Netz: eine intersektionale Perspektive“ einen Vortrag bei. Eine Aufzeichnung der gesamten Veranstaltung findet sich auf dem YouTube-Kanal des Thüringer Medienbildungszentrums der Thüringer Landesmedienanstalt unter https://www.youtube.com/watch?v=3WYgs1NMuz0, der Vortrag unserer Kollegin startet ab Minute 20.

Neue Ausgabe der ZRex erschienen – Vorstellung des Heftes im Rahmen der Veranstaltung „Rechtsextreme Online-Diskursstrategien, Kommunikationsmittel und Influencer*innen“

Im März 2022 ist das dritte Heft der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex) erschienen. Im aktuellen Heft finden sich u. a. Beiträge von

- Jakob Hartl & Maria Mahlberg: Eine Woche im Herbst – Erinnerungspolitik als Zivilreligion am Beispiel der medialen Bearbeitung des Attentats von Halle (Saale)
- Marina Chernivsky & Friederike Lorenz-Sinai: „Keine schwerwiegenden Vorfälle“ – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern

Alle Beiträge des aktuellen Heftes liegen Open Access vor und können auch auf der ZRex-Seite des IDZ abgerufen werden: https://www.idz-jena.de/forschung/zeitschrift-fuer-rechtsextremismusforschung-fgz. Die ZRex erscheint im Verlag Barbara Budrich, die gedruckte Ausgabe ist beim Verlag bestellbar unter https://shop.budrich.de/produkt/zrex-1-2022-freie-beitraege/.

Am 2. Juni 2022 konnte im Rahmen der Online-Veranstaltung „Rechtsextreme Online-Diskursstrategien, Kommunikationsmittel und Influencer*innen“ ein Schlaglicht auf drei ausgewählte Beiträge geworfen werden, die sich mit Akteur*innen, Strategien und Diskurslogiken des Rechtsextremismus in der digitalen Sphäre beschäftigen.

ZRex-Mitherausgeber Prof. Dr. Matthias Quent und ZRex-Autorin Pia Müller bei der Online-Veranstaltung am 2. Juni 2022

Die Begrüßung übernahm Dr. Axel Salheiser, der kommissarische Leiter des IDZ, die Moderation hatte Prof. Dr. Matthias Quent als Mitherausgeber der ZRex inne. Die Referent*innen gaben in jeweils 15-minütigen Vorträgen Einblicke in ihre Forschung und erläuterten zentralen Befunde: Pia Müller (Universität Greifswald) präsentierte ihren Beitrag „Extrem rechte Influencer*innen auf Telegram: Normalisierungsstrategien in der Corona-Pandemie“, Alina Jugenheimer stellte den Beitrag „‚Frauenrasse dominiert und wird bevorteilt an jeder

ecke' – Elemente rechtsextremer Diskursstrategien in der Online-Debatte über Abtreibungsrechte" vor, Linus Pook und Rocío Rocha Dietz (DeMAS/democ) ihren Beitrag „‚Geil dabei zu sein' – Livestreams als Kommunikationsmittel rechtsextremer Proteste". Danach bot sich für die Zuschauer*innen die Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Die aufgezeichnete Veranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal des IDZ unter https://www.youtube.com/watch?v=oTBWL6kPQlg&t=462s abrufbar.

Filmvorführungen „Golden Dawn. Eine öffentliche Angelegenheit" in Jena und Erfurt

v.l.n.r.: Moderator Maik Fielitz mit Regisseurin Angelique Kourounis und Kameramann Thomas Jacobi am 18. März 2022 in der JG Jena

Am 18. und 19. März 2022 organisierte das IDZ zwei Vorführungen des Dokumentarfilms „Golden Dawn. Eine öffentliche Angelegenheit" in Jena und Weimar in Anwesenheit der Regisseurin Angelique Kourounis und des Kameramanns Thomas Jacobi. Der Film, der seine Geschichte insbesondere an dem Schicksal der Mutter eines von Neonazis ermordeten Musikers aufzieht, wurde international vielfach ausgezeichnet. Er zeichnet die zunehmende Sensibilisierung der griechischen Gesellschaft für rechtsextreme Gewalt sowie den Prozess zur Verurteilung der Neonazipartei Goldene Morgenröte nach und malt dabei ein vielfältiges Bild des Widerstands gegen den Einfluss von organisierten Neonazis auf die Gesellschaft.

Die Veranstaltung in der Jungen Gemeinde Stadtmitte (JG) in Jena und im Lichthaus Weimar war mit jeweils über 20 Teilnehmenden unter Pandemiebedingungen gut besucht. Die Filmvorführung wurde eingeleitet durch eine Einordnung der Geschehnisse in Griechenland durch Viktoria Kamuf und Maik Fielitz, was bereits erste Diskussionen weckte. Nach der Filmvorführung bekam das Publikum die Möglichkeit, den Filmemachenden direkte Rückfragen zu stellen. Hierzu kam es zu vielfältigen vertiefenden Diskussionen, die auch nach dem Ende der Veranstaltung noch in bilateralen Gesprächen mündeten.

DNT-Foyergespräch zur „Jüdischen Diversität & Solidarität in einer Gesellschaft der Vielen"

Am 23. März 2022 fand ein weiteres Foyergespräch in Kooperation mit dem Deutschen Nationaltheater Weimar statt. Auf dem Podium sprachen Prof. Dr. Reimer-Gordinskaya (Hochschule Magdeburg-Stendal und Mitautorin des Berlin-Monitors 2021 „Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen") und Dr. Maja Vataman (Leiterin des Programmes „Nie wieder?! Gemeinsam gegen Antisemitismus & für eine plurale Gesellschaft" des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks) über jüdische Diversität – also die Vielfalt innerhalb des Judentums und der Juden und Jüdinnen in Deutschland – und wie Solidarität in einer Gesellschaft der Vielen funktionieren kann. Amani Ashour, wissenschaftliche Mitarbeiterin des IDZ, moderierte das Gespräch.

v.l.n.r.: Moderatorin Amani Ashour mit Dr. Maja Vataman und Prof.in Dr. Reimer-Gordinskaya während des Foyergesprächs im Deutschen Nationaltheater Weimar am 23. März 2022

Beworben wurde die Veranstaltung u. a. im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus 2022, weshalb das Gespräch mit einer Einordnung von Antisemitismus und Rassismus begann. Katrin Reimer-Gordinskaya argumentierte, Antisemitismus und Rassismus seien nicht deckungsgleich zu denken, der moderne Antisemitismus sei jedoch auch durch die Verbreitung von Rassenideologien entstanden. Aus Sicht der Debatte über jüdische Vielfalt betonten beide Gesprächsteilnehmerinnen, es sei wichtig, das Sprechen über jüdische Themen nicht

auf Antisemitismus zu beschränken. Dabei könnten in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen – so etwa in der Kunst – bereits Beispiele beobachtet werden, wie jüdische Vielfalt sich u. a. als unterschiedliche Zugänge zur jüdischen Identität artikuliere und gesellschaftlich kritisch einmischen könne. Jüdische Diversität wird auch am aktuellen Beispiel des Ukraine-Krieges deutlich: Viele der in Deutschland lebenden Jüd*innen kamen vor allem in den 1990er-Jahren als sogenannte „Kontingentflüchtlinge" aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, so auch der Ukraine, nach Deutschland. Viele flohen auch vor dem dort erlebten Antisemitismus. Die neue Migrations- und Fluchtbewegung vor allem aus der Ukraine werde daher auch innerhalb der jüdischen Gemeinden und Gemeinschaft, so Maja Vataman, kontrovers diskutiert. Die Solidarität mit den neuen, auch jüdischen Geflüchteten sei nicht nur eine Frage der jüdischen Gemeinschaft, sondern (auch) eine Frage der Mehrheitsgesellschaft. Die Aktivierung der zivilgesellschaftlichen Strukturen aus dem Sommer 2015 betont hier die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft für die Aufnahme der geflohenen Menschen.

„Lokal extrem rechts" – Buchvorstellung und Podiumsdiskussion in Leipzig

Am 11. Mai 2022 stellten die Herausgeber*innen Judith Miggelbrink und Daniel Mullis im Neuen Schauspiel Leipzig ihren kürzlich im Transcript-Verlag erschienenen Sammelband „Lokal extrem Rechts: Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen" vor und diskutierten mit den Autor*innen Anke Schwarz, Paul Zschocke und Dr. Axel Salheiser sowie Solvejg Höppner (Kulturbüro Sachsen) über die sozialräumlichen Aspekte des Rechtsextremismus, seine strukturelle Verankerung und Verflechtung sowie die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen aus den Perspektiven der Forschung und der zivilgesellschaftlichen Praxis. Die Veranstaltung wurde von der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen in Kooperation mit chronik.LE durchgeführt.

Im Sammelband sind Prof. Dr. Matthias Quent und Dr. Axel Salheiser mit einem Kapitel zu „Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach" vertreten. Die Publikation ist sowohl in einer Printversion als auch auf der Verlagsseite als PDF erhältlich: https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5684-8/lokal-extrem-rechts/?c=311000246&number=978-3-8394-5684-2.

Online-Podiumsdiskussion mit Natascha Strobl, Benjamin Hoff, Silke van Dyk und El Alami El Mediani zur Komplexität der Krisenverdichtung

o.v.l.n.r.: Natascha Strobl, Moderator Dr. Axel Salheiser und El Alami El Mediani; u.v.l.n.r.: Prof.in Dr. Silke van Dyk und Prof. Dr. Benjamin Hoff während der Podiumsdiskussion am 2. Mai 2022

Haben Sie auch das Gefühl, die Welt ist aus den Fugen geraten? – So oder ähnlich beginnen einige aktuelle zeitgenössische Diagnosen: Ulrich Becks Buch „Die Metamorphose der Welt" von 2016 zum Beispiel oder „Realitätsschock" von Sascha Lobo aus dem Jahr 2019. Auch das Buch von Natascha Strobl „Konservative Revolution" hat einen ähnlichen Anfang. Sie schreibt: „Wir leben in einer Zeit, in der lange für selbstverständlich gehaltene Sicherheiten schwinden. Das liegt auch an einer Vielzahl von Krisen, die einander überlagern und verstärken." Die Zusammenhänge zwischen Krisendimensionen werden jedoch kaum gesehen, geschweige denn als politisch relevant empfunden.

Zugleich wollten wir am 2. Mai 2022 im Rahmen unserer Online-Veranstaltung über einen weiteren Aspekt diskutieren, den Natascha Strobl am Ende ihres Buches benennt: „Die große Stärke der politischen Linken besteht darin, dass es ein ausdifferenziertes und schillerndes Mosaik aus unterschiedlichen Anliegen, Bewegungen und Expertisen gibt. Jetzt ist der Augenblick, eine gemeinsame Klammer zu definieren, die nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen in den Fokus nimmt [...]. Denn die Zukunft kann viel besser sein. Und dafür

lohnt es sich zu kämpfen." Wie gelingt die Definition der Klammer für zivilgesellschaftliche prodemokratische Akteure? Wie kann ein politisches und ökonomisches Fundament aussehen für die gemeinsame Bewältigung der sich überlagernden Krisen?

Darüber hielt Natascha Strobl, Politikwissenschaftlerin und Publizistin, zunächst einen Vortrag, anschließend diskutierten Dr. Axel Salheiser mit Prof.in Dr. Silke van Dyk (Friedrich-Schiller-Universität Jena), El Alami El Mediani (Fachdienst für Migration und Integration Jena, AWO Mitte-West-Thüringen e. V.) und Prof. Dr. Benjamin Hoff (Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei in Thüringen). Der anregende und dichte Vortrag von Natascha Strobl beleuchtete verschiedene Krisenfacetten sowie deren Ursachen und Folgen, u. a. auf das Wahlverhalten. Abschließend machte sie deutlich, dass es kein Zurück in die Normalität geben werde, denn Krisen seien die Normalität. Natascha Strobl plädierte dafür, progressiv durch alle Krisen zu gehen. Niemand könne sich seine Lieblingskrise aussuchen und diese dann bearbeiten. Silke van Dyk betonte, dass es Krisen nur mit Krisenbewusstsein gebe. Im Spannungsfeld eines Wirtschaftssystems, das auf Ungleichheit ausgerichtet sei, und eines politischen Systems, das auf Gleichheit ausgerichtet sei, seien Krisen die Normalität. Der Zusammenhang von Krisen könne durch ein Verständnis für die Externalisierung der Kosten des Kapitalismus, bspw. der Sorgearbeit, erfasst werden. Wo eröffnen Krisen also Möglichkeitsfenster? Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Haarrisse des Neoliberalismus und somit auch Alternativen sichtbar gemacht. Ein Regieren im Modus der Alternativlosigkeit beschrieb Silke van Dyk als demokratiefeindlich. Auch die Ambivalenz ehrenamtlicher Solidarität hob sie hervor, da sie eine Erosion der öffentlichen Infrastruktur hervorrufen könne.

Prof. Dr. Benjamin Hoff führte aus, dass wir mit Komplexität und Widersprüchen leben müssten. Gleichzeitig müsse stets deutlich gemacht werden, welche Widersprüche nicht aushaltbar seien. Die finanziellen Corona-Hilfen, die die Bundesregierung in der Pandemie bereitgestellt hat, hätten gezeigt, dass emanzipatorische Politik finanziert werden könne, Alternativen also möglich seien. Diese müssten politisch legitimiert sein und könnten stets hinterfragt werden. Auch der Wert des Öffentlichen sei im Zuge der Corona-Pandemie deutlich geworden. El Alami El Mediani blickte auf die große zivilgesellschaftliche Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine. Doch die solidarische habe Grenzen, die Kraft sei nicht unerschöpflich. Er forderte die Einbeziehung praktischen Wissens in politische Entscheidungen.

Die aufgezeichnete Veranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal des IDZ unter https://www.youtube.com/watch?v=5LAfPjb_xbo abrufbar.

Podiumsteilnahme an der Tagung „Die Letzten von gestern? 40 Jahre RechtsRock – Bilanz & Ausblick"

Am 23. und 24. Mai 2022 fand die Tagung „Die Letzten von gestern? 40 Jahre RechtsRock – Bilanz & Ausblick" in Neudietendorf bei Erfurt statt. Die Konferenz wurde organisiert von der Bundeszentrale für Politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam, der Thüringischen Landeszentrale für Politische Bildung und MOBIT. Ziel war es, den Stand des Rechtsrocks und seiner Anziehungskraft aus interdisziplinärer Perspektive zu erörtern. Maik Fielitz, wissenschaftlicher Referent am IDZ, nahm am Abschlusspodium „Beyond RechtsRock: Ist die Zeit ideologisch harten RechtsRocks vorbei?" der Konferenz teil. Gemeinsam mit weiteren Expert*innen gingen die Teilnehmenden der Frage nach, warum Rechtsrock heute weniger als jugendkulturelles Phänomen zu verstehen ist und welche anderen Zugänge in die rechte Szene heute ausgeprägter sind. Zurückgreifend auf seine Forschung an der Schnittstelle von Digitalisierung und Rechtsextremismus argumentierte Fielitz, dass digitale Subkulturen heute nicht nur anziehender sind für junge Rechtsextreme, sondern auch das Wesen des Rechtsextremismus verändern.

DNT-Foyergespräch zum „Klimawandel? Gibt's doch gar nicht! Über die Gefahren von Wissenschaftsfeindlichkeit in Zeiten der Klimakrise“

Verschwörungsmythen, Fake News, „alternative Fakten“ – wissenschaftliche Erkenntnisse werden immer öfter gezielt angegriffen und in ihr Gegenteil verkehrt. Besonders am Beispiel des Klimawandels wird diese Wissenschaftsfeindlichkeit deutlich, wenn selbsternannte „Klimaskeptiker*innen“ versuchen, Forschung in Zweifel zu ziehen und Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern. Was kann man diesen Bestrebungen entgegensetzen?

Darüber sprachen Viktoria Kamuf vom IDZ und das Publikum am 25. Mai 2022 mit Ida Loesche, Aktivistin der Fridays for Future-Ortsgruppe Weimar, Carel Mohn, Chefredakteur von klimafakten.de, und Dr. habil. Fritz Reusswig vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Aus ihren unterschiedlichen Perspektiven – Zivilgesellschaft, Journalismus und Wissenschaft – blickten die drei Podiumsgäste auf die Bedeutung und Rolle wissenschaftlicher Erkenntnisse für das soziale Zusammenleben und den gesellschaftlichen Diskurs.

v.l.n.r.: Carel Mohn, Ida Loesche, Dr. habil. Fritz Reusswig und Moderatorin Viktoria Kamuf während des Foyergesprächs im Deutschen Nationaltheater Weimar am 25. Mai 2022

Dabei wurde deutlich, dass gerade der wissenschaftliche Prozess, also wie neue Erkenntnisse generiert werden und wie wichtig dafür Diskussionen, Uneinigkeiten, Überprüfungen und Korrekturen sind, besser an die breite Öffentlichkeit kommuniziert werden muss. Gleichzeitig kann evidenzbasiertes Faktenwissen, welches die Grundlage dafür bildet, unsere Gesellschaft im Angesicht des Klimawandels zu erhalten und zu schützen, nicht als verhandelbar betrachtet werden. Es gilt also, einen kritischen, demokratischen Diskurs aufrechtzuerhalten und antidemokratischen Akteur*innen, die wissenschaftliche Erkenntnisse ablehnen und Wissenschaftler*innen gezielt angreifen, entschieden entgegenzutreten.

Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“ fertiggestellt

Im Auftrag der Stadt Jena wurde am IDZ seit Februar 2022 eine Situations- und Ressourcenanalyse durchgeführt. Mehr als 20 Jahre nachdem das Jenaer Stadtprogramm im Jahr 2000 verabschiedet wurde und nach der letzten Aktualisierung im Jahr 2019 soll mithilfe der Situations- und Ressourcenanalyse ein systematischer Blick auf den Ist-Zustand der Stadtgesellschaft und ihre zivilgesellschaftlichen Entwicklungen geworfen werden. Dabei werden vor allem Gefährdungsquellen für die demokratische Kultur und Diskriminierungskontexte für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen fokussiert (u. a. Phänomene der Diskriminierung aufgrund gesellschaftlicher Ungleichwertigkeitsideologien und rechtsextreme Strukturen). Als Rahmenbedingungen hierfür wurden auch die Auswirkungen durch gesellschaftliche Ereignisse wie die aktuelle Pandemiesituation in den Blick genommen. Bewusst sind dabei die Perspektiven von Menschen in den Vordergrund gestellt, die sich (teilweise) ehrenamtlich für Menschen, die in Jena potenziell von Diskriminierung betroffen sind, engagieren und diese in ihrer eigenen Lebensrealität erleben. Die Analyse fußt auf der Expertise von Menschen, die sich tagtäglich für Themen der Gleichberechtigung, gegen Ungleichwertigkeitsideologien und für Demokratie in Jena einsetzen.

Der Bericht konnte der Stadt Jena Ende Juni übergeben werden und ist auch auf der IDZ-Homepage abrufbar unter https://www.idz-jena.de/forschung/situations-und-ressourcenanalyse-stadt-jena.

RIAS Thüringen stellt „Problembeschreibung Antisemitismus in Thüringen“ vor

Dr. Anja Thiele, Leiterin von RIAS Thüringen, bei der Vorstellung der „Problembeschreibung Antisemitismus in Thüringen“ am 7. Juni 2022 in Erfurt

Eine Anfang Juni veröffentlichte Studie von RIAS Thüringen zu Antisemitismus in Thüringen zeigt ein großangelegtes Lagebild zum Antisemitismus im Freistaat. Für die Studie wurden zehn leitfadengestützte Interviews mit Juden und Jüdinnen in Thüringen, darunter auch Vertreter*innen jüdischer Gemeinschaften, geführt. Zusätzlich wurden zivilgesellschaftlich und polizeilich erhobene Daten zu Antisemitismus in Thüringen ausgewertet.

Die Auswertung der Interviews zeigt: Antisemitismus ist für Juden:Jüdinnen in Thüringen eine alltagsprägende Erfahrung. Thüringer Juden und Jüdinnen sind mit einer Vielzahl von antisemitischen Vorfällen konfrontiert, die sie in unterschiedlicher Intensität aus allen politischen Richtungen und an allen Orten des Arbeits- und Privatlebens erleben müssen. Ein Großteil der Befragten gab sogar an, bewusst das Tragen jüdischer Symboliken zu vermeiden oder die eigene jüdische Identität zu verschweigen, um antisemitischen Anfeindungen ein Stück weit zu entgehen. Die befragten Juden und Jüdinnen kritisierten zudem, dass Antisemitismus von Politik und Zivilgesellschaft oft nicht ernst genug genommen wird – gerade, wenn es um israelbezogenen Antisemitismus geht.

Ergänzend zu den Perspektiven der Betroffenen wurden die Daten der Sicherheitsbehörden sowie der zivilgesellschaftlichen Stellen herangezogen. Für die Jahre 2015–2020 erfasste die Polizei im Freistaat Thüringen 396 als antisemitisch bewertete Straftaten in ihrer Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). 387 der 396 erfassten antisemitischen Straftaten, also 97,7 %, wurden dabei dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet. Vier Fälle (1,0 %) wurden im Phänomenbereich „links“, drei Fälle (0,8 %) im Phänomenbereich „religiöse Ideologie“ verortet.

Die Auswertung der von zivilgesellschaftlichen Stellen dokumentierten antisemitischen Vorfälle gibt Aufschluss über die Qualität des Antisemitismus in Thüringen im Zeitraum von 2015 bis 2020. Von 173 dokumentierten Vorfällen fand ein Großteil in den Groß- und Mittelstädten Thüringens statt. Dies weist darauf hin, dass Melde- und Dokumentationsstrukturen im ländlichen Raum ausgebaut werden müssen. Als konkrete Tatorte wurden in 34 % der Fälle die Straße identifiziert, dicht gefolgt von Gedenkstätten (24 %). Die Häufung von Gedenkstätten als Tatorte korreliert mit dem extrem hohen Anteil (72 %) an Vorfällen, die dem Post-Schoa-Antisemitismus zugerechnet werden können: Die häufigste Erscheinungsform des Antisemitismus in Thüringen zeichnet sich durch Relativierung oder Leugnung der Schoa, durch Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie durch Angriffe auf die Erinnerungskultur und ihrer Institutionen bzw. Veranstaltungen aus. Dieser Befund korreliert mit dem am häufigsten dokumentierten politisch-weltanschaulichen Tathintergrund: dem Rechtsextremismus (53 %). Der Post-Schoah-Antisemitismus ist jedoch in allen gesellschaftlichen Spektren verbreitet.

Für das Jahr 2020 wurden sowohl auf staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Seite signifikant mehr antisemitische Vorfälle bzw. Straftaten registriert als in den Vorjahren – eine Tatsache, die u. a. auf die Präsenz einer Vielzahl von verschwörungsideologischen und geschichtsrevisionistischen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in Thüringen zurückzuführen ist.

Die vollständige Studie ist auf der Homepage des IDZ abrufbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thüringen/Problembeschreibung_RIAS_Thüringen.pdf.

.

Neue Mitarbeiter*innen am IDZ

Johanna von Lenthe ist seit Januar 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Forschungsfelderkundung und Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses“ am IDZ. Sie studierte Psychologie in Bremen und Leipzig. Während ihres Studiums arbeitete sie am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung im Projekt „Konfliktraum Hamburg“ zum Thema Protest, Gewalt und Ressentiments im urbanen Raum. Ihr Interesse liegt sowohl im Bereich der quantitativen als auch der qualitativ-rekonstruktiven Sozialforschung. Ihre Arbeitsschwerpunkte und Forschungsinteressen sind Demokratie- und Rechtsextremismusforschung, Vorurteilsforschung und Medizinsoziologie.

Markus Knospe studiert Politikwissenschaft an der MLU Halle (Saale). Seit Februar 2022 beschäftigt er sich im Rahmen einer Situations- und Ressourcenanalyse für die Stadt Jena am IDZ mit den Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten der Jenaer Zivilgesellschaft sowie den Bedarfen und Partizipationsmöglichkeiten marginalisierter Teilgruppen. Seine Arbeitsschwerpunkte und Forschungsinteressen sind zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligungsmöglichkeiten sowie lokale Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit rechter und rassistisch motivierter Gewalt.

Dr. Leon Rosa Reichle hat in Leipzig, Grenoble und Jena Soziologie und Politik studiert. In der Promotion am Centre for Urban Research on Austerity in Leicester mit Fulbright Kooperation in Berkeley untersuchte Leon Reichle den Zusammenhang von politischer Subjektivierung und neoliberaler Stadtentwicklung in Leipzig. In vorangegangener Forschung und Lehre beschäftigte sich Leon Reichle mit dem NSU Prozess und der Rolle des Verfassungsschutzes sowie mit sozialen Bewegungen, sozialer Reproduktion und Demokratie im städtischen Raum. Am IDZ Jena arbeitet Leon Reichle seit Februar 2022 als Postdoc zur Innerbehördlichen Auseinandersetzung mit Rassismus. Leon Reichles Arbeitsschwerpunkte und Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Autoritarismus und Rassismus; Behörden, Governance und lokaler Staat; zivilgesellschaftliche Solidarität; Austerität, Neoliberalismus; politische Ökonomie; politische Subjektivierung; Soziale Reproduktion.

Anetta Kahane verlässt AAS

Nach fast 25 Jahren hat die Gründerin der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, das Amt der Vorstandsvorsitzenden abgegeben und widmet sich verstärkt ihren Aufgaben als Publizistin. Der neue Vorstand besteht aus Timo Reinfrank, Tahera Ameer und Lars Repp und leitet die Stiftung seit 1. April 2022.

Anetta Kahane hat die Amadeu Antonio Stiftung 1998 gegründet und war bis zuletzt Vorsitzende des Vorstands. Von Anfang an ging Anetta Kahane dahin, wo es weh tat, suchte Gleichgesinnte und gründete Netzwerke. Ihr Ziel war es, dort aktiv zu werden, wo politisches Handeln versagt und wo Demokratie und Menschenrechte gefährdet sind – eine Vision, die sie mit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung verwirklichte. Sie hat den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland entscheidend geprägt. Anetta Kahane ist eine Vorkämpferin der demokratischen Zivilgesellschaft, ihr Kampf gegen Ungerechtigkeiten speist sich aus ihrer eigenen Biografie. Als Tochter jüdischer Kommunisten prägte sie die Erfahrung der NS-Verfolgung ebenso wie der alltägliche Antisemitismus und Rassismus in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland. „Mit der Amadeu Antonio Stiftung wollte ich einen Ort schaffen, der alle Menschen vorbehaltlos schützt und unterstützt, die von Demokratiefeinden angegriffen werden, und das durch eine offen gelebte demokratische Kultur. Das war nicht immer einfach: Am Anfang hatten wir noch Mühe, die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass Rechtsextremismus ein großes Problem vor Ort ist. Inzwischen ist das Problem zwar anerkannt, doch erst langsam verstehen Gesellschaft und Politik, wie schwierig und wichtig das Engagement gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit ist“, fasst Anetta Kahane zusammen.

Wir danken Anetta Kahane von Herzen für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen in unsere Arbeit. Mit Augenmaß setzte sie wertvolle Impulse für die Architektur des IDZ und erörterte mit uns partnerschaftlich die langfristigen Forschungslinien. Liebe Anetta, du wirst uns sehr fehlen!

Gleichzeitig wurde der neue Vorstand mit klugen und engagierten Menschen besetzt: Wir freuen uns auf die gemeinsame Gestaltung unserer weiteren Arbeit!

(Veranstaltungs-)Ankündigungen

Summer School 21. bis 24.09.2022: Wie geht zusammen? Perspektiven in einer vernetzten Welt

Die Summer School an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena vom 21. bis 24.09.2022 unter dem Titel „Wie geht zusammen – Perspektiven in einer vernetzten Welt“ richtet sich an Bachelor-Studierende, Praktiker*innen in der Demokratiearbeit und andere Interessierte, die Lust haben, sich zu den Themen Social Media, interkulturelle Kompetenzen und (De-)Radikalisierung weiterzubilden Als Auftaktveranstaltung für den Masterstudiengang Civic Education. Demokratiearbeit in der digitalisierten Gesellschaft können sich Interessierte bereits vorab mit einigen Themen vertraut machen.

Es stehen drei Workshops zur Auswahl, einer davon findet in englischer Sprache statt. Die enge Zusammenarbeit in kleinen Gruppen bietet die Möglichkeit zu einem einzigartig intensiven thematischen Austausch und zur Vernetzung mit Menschen aus unterschiedlichen Fachrichtungen und Ländern:

1. Workshop: What if I do or say something wrong? Intercultural competence training (taught in English by Dr. Anca Mincesu, University of Limerick)
2. Workshop: Digitale Gefährdungspotentiale. Grundlagen der Social-Media-Analyse (taught in German by Christoph Richter & Fabian Klinker, IDZ Jena)
3. Workshop: Radikalisierung und Deradikalisierung (taught in German by Prof. Dr. Dierk Borstel, FH ortmund & Prof.in Dr. Claudia Luzar, KH Freiburg)

Weitere Informationen finden sich hier: https://www.sw.eah-jena.de/studium/ma-civic-education/, Anmeldlungen unter https://www.eventbrite.de/e/wie-geht-zusammen-perspektiven-in-einer-vernetzten-welt-registrierung-294876673067.

Thüringer Zustände 2021 erscheinen am 8. Juli 2022

Am 8. Juli 2022 erscheint die Publikation „Thüringer Zustände 2021“. Sie bietet eine faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen im Jahr 2021. Dazu werden in elf Beiträgen wissenschaftliche Analysen sowie Einschätzungen auf Grundlage zivilgesellschaftlicher Expertise und aus der Perspektive von Betroffenen vorgelegt. Die „Thüringer Zustände 2021“ setzen die im Vorjahr begonnene Publikationsreihe fort und verstehen sich als zivilgesellschaftliche Alternative und Ergänzung zu Veröffentlichungen der staatlichen Behörden.

Herausgegeben wird die Publikation von ezra, MOBIT, vom KomRex und vom IDZ. Die „Thüringer Zustände 2021“ werden in einer Auflage von 1.000 Exemplaren gedruckt und können ab dem 8. Juli kostenlos bei den herausgebenden Institutionen bezogen werden. Außerdem steht die Publikationdann als PDF unter www.thueringer-zustaende.de zum Download zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (DenkBunt).

Ankündigung – Fachtagung „Antifeminismus und Hasskriminalität“ am 10. & 11.11.2022 in Jena

Fachtagung zu geschlechtsspezifischer vorurteilsmotivierter Gewalt am 10./11. November 2022 in Jena

Antifeminismus kann als gesellschaftliche und politische Diskursströmung verstanden werden, die Gleichstellungs- und Emanzipationsbestrebungen von Frauen entgegenwirkt und darauf abzielt, bisherige Gleichstellungserfolge zu diskreditieren und rückgängig zu machen.[1] Geschlecht und Sexualität sind „Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen“[2], die wegen ihrer hohen Bedeutung und Reichweite den gesellschaftlichen Zusammenhalt herausfordern: hinsichtlich der normativen Integration im Sinne der prinzipiellen Verständigung über Geschlechterverhältnisse, vor allem aber wegen des Streites bzw. der sozialen Kämpfe um konkrete Rechte, Interessen und Bedarfe von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+. [...] Seit 2020 erfasst die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes zur Hasskriminalität das Merkmal Geschlecht/sexuelle Identität als Tatmotivation. 2020 wurden bundesweit 204 solche Straftaten erfasst, davon 40 Gewalttaten.[3] Im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist verankert, dass die Erfassung der politisch motivierten Kriminalität, z. B. in Hinblick auf frauen- und queerfeindliche Hasskriminalität, verbessert werden soll.[4] Frauen- und Queerfeindlichkeit wird somit als die demokratiegefährdende Bedrohung ernst genommen, die sie seit Jahren für unsere Gesellschaft darstellt, und als Hasskriminalität bewertet. Das ist ein wichtiger Schritt gegen Antifeminismus, der als zentrales Einstiegsmoment in Ungleichwertigkeitsdenken und rechtsextreme Weltbilder dient. Doch rückt so auch die Frage in den Fokus, inwieweit Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Gesellschaft generell als eine Form vorurteilsmotivierter Hasskriminalität begriffen und diskutiert werden muss und welche Herausforderungen mit dieser Einordnung verbunden sind. Die interdisziplinäre Tagung „Antifeminismus und Hasskriminalität“ widmet sich diesem Thema. Ziel der Tagung ist es, Überschneidungen und Schnittmengen von Antifeminismus und Hasskriminalität aus verschiedenen wissenschaftlich-theoretischen und praktischen Perspektiven zu analysieren und zu diskutieren. Folgende Fragen werden in Sessions und Vorträgen diskutiert:

- Wie können antifeministisch motivierte bzw. frauenfeindliche Gewalttaten erfasst werden?
- Wie werden verschiedene Motivlagen bei Gewalttaten erfasst und behandelt (strafrechtliche & zivilgesellschaftliche Ebene)?
- Was folgt aus diesen Überschneidungen für die strafrechtliche und zivilgesellschaftliche Praxis?
- Täterfokus vs. Betroffenenfokus: Wo bestehen Lücken? Wo muss zusammengearbeitet werden?
- Wer sind die Akteur*innen hinter antifeministischen Strömungen und Mobilisierungen und welche Strategien verfolgen sie?

Die Konferenz richtet sich an Multiplikator*innen und Mitarbeiter*innen aus Vereinen u. Verbänden, von Fachträgern der politischen Bildung sowie an Akteure aus Initiativen der Themenfelder Antifeminismus, Gleichstellung, Hate Speech und Debattenkultur, Rechte für FLINTA*-Personen, Akteur*innen aus der Sozialarbeit, Beratung, Kommunen, Verwaltungen und Behörden, Polizei, Justiz sowie Wissenschaftler*innen. Nähere Informationen werden in Kürze auf der IDZ-Homepage zu finden sein: www.idz-jena.de.

---

[1] Vgl. u. a. Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018) (Hg.). Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg, Marta Press.

[2] Vgl. Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2016) (Hg.). Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, transkript.

[3] https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (angerufen am 05.05.2022).

[4] https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf , S. 85 (abgerufen am 04.05.2022).

Materialien, Texte und Videos

Materialien aus dem IDZ

Dieckmann, Janine/Knospe Markus/Kaiser Marie (2022). Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz". Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/SR_JENA_IDZ_070622.pdf.

Klinker, Fabian (2022). Digitale Kommunikation parteilicher Jugendorganisationen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021, Analyse-Feed, Beitrag #4. Online: https://www.idz-jena.de/forschung/digital-awareness/analyse-feed/4-digitale-kommunikation-parteilicher-jugendorganisationen.

Klinker, Fabian (2022). Der Energie- und Klimadiskurs im Kontext des Ukraine-Kriegs, Analyse-Feed, Beitrag #5. Online: https://www.idz-jena.de/forschung/digital-awareness/analyse-feed/5-der-energie-und-klimadiskurs-im-kontext-des-ukraine-kriegs.

RIAS Thüringen (2022). Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2021. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen). Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thüringen/Jahresbericht_2021_RIAS_Thüringen.pdf.

RIAS Thüringen (2022). Problembeschreibung Antisemitismus in Thüringen. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thüringen/Problembeschreibung_RIAS_Thüringen.pdf.

Texte der IDZ-Mitarbeiter*innen

Ashour, Amani/Geschke, Daniel/Dieckmann, Janine (2021). Hassgewalt und fehlende Solidarität – zur Kommunikation und Rolle der Mehrheitsgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena, 112–123.

Geschke, Daniel/Dieckmann, Janine (2022). Wie kann Geflüchteten geholfen werden, die von Gewalt und Drohungen betroffen sind? Beitrag für das Fachnetzwerk Sozialpsychologie zu Flucht und Integration – Austausch zwischen Forschung und Praxis. Online: https://www.fachnetzflucht.de/wie-kann-gefluechteten-geholfen-werden-die-von-gewalt-und-drohungen-betroffen-sind/.

Niedlich, Claudia/Steffens Melanie C./Dieckmann, Janine (2022). Reactions and Feelings to a Close Relative's Coming Out in a Heterosexual Relationship. Frontiers in Psychology section Gender, Sex and Sexualitities. Online: https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2022.836428/full.

Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2021). Die Bundestagswahl 2021 in Thüringen: Rechtsradikalismus und regionale politische Kultur. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena, S. 50–63.

Salheiser, Axel/Patz, Janine (2022). Demokratie in Gefahr? Sozialwissenschaftliche Befunde und Impulse für die Politische Bildung. In: Gesellschaft Wirtschaft Politik 71(2), 151–156, https://doi.org/10.3224/gwp.v71i2.04.

Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2022). Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hg.).: Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld, transcript, 165–182.

Neu auf dem IDZ-YouTube-Kanal

Online-Veranstaltung zum Heft 3 der ZRex, „Rechtsextreme Online-Diskursstrategien, Kommunikationsmittel und Influencer*innen". https://www.youtube.com/watch?v=oTBWL6kPQlg&t=462s.

Podiumsdiskussion „Die Komplexität der Krisenverdichtung. Implikationen für die Zivilgesellschaft. https://www.youtube.com/watch?v=5LAfPjb_xbo&t=4102s.

DNT-Foyergespräch „‚Raus aufs Land.' Antirassismusarbeit in Thüringen". https://www.youtube.com/watch?v=OOJmeV71I9M&t=607s.

Neuerscheinung im Juli 2022

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:

Diversität im Kontext von gesellschaftlichem Zusammenhalt in deutschen Zeitungsartikeln – ein quasi-migrantisierter Diskurs?
Amani Ashour

Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken
Christoph Richter, Fabian Klinker & Axel Salheiser

Die globale Gesellschaft am Scheideweg zwischen Vergangenheit und Gegenwart – wie geht es weiter?
Brian N. Williams

Wissenschaftsbasierte Antirassismusarbeit – Handlungspotenziale für Politik, Institutionen und Zivilgesellschaft
Katharina König-Preuss, Tahera Ameer, Martin Thüne & Cornelius Helmert

Vorstellung des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa)
Merih Ates, Sué Gonzalez Hauck, Felicia Lazaridou & Jill Pöggel

Kontingenz von Zusammenhalt und Rassismus: Herausforderungen für Forschung und Gesellschaft
Yasemin Shooman, Taylan Yildiz & Matthias Quent

ALLE BEITRÄGE FREI ZUGÄNGLICH UNTER:
www.idz-jena.de

Falls Sie Interesse an der kostenfreien Zusendung des Bandes haben, kann er unter bestellung@idz-jena.de angefordert werden. Zusätzlich werden alle Texte auch kostenfrei auf der Webseite des IDZ zum Download bereitgestellt: https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/ueber-die-schriftenreihe